

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Keudell blamiert sich!

Das Schulgesetz vor dem Ausschuss. - Hilflose Regierungsansreden zur Kostenfrage

Im Reichshaltsausschuss für Bildungswesen, in dem der deutsch-nationale Abgeordnete Rumm den Vorsitz führt, wurde heute vormittag 11 Uhr die Beratung des Reichsschulgesetzes begonnen.

Ein Antrag der Kommunisten, diesen Gegenstand von der Tagesordnung bis auf Erledigung ihres Antrages auf Streichung der Artikel 146 und 149 abzuheben, wurde abgelehnt. Die kommunistischen Vertreter verlangten weiter, daß der Reichsfinanzminister herbeigerufen werde, damit er über die finanzielle Auswirkung des Gesetzes für das Reich und über die Deckung der Kosten Auskunft erteile. Diesem Antrag schlossen sich die sozialdemokratischen Vertreter, deren Standpunkt von den Abgg. Schred und Crispian begründet wurde, an. Er wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Der Reichsinnenminister Dr. v. Keudell

Sollte dann eine zusammenfassende Uebersicht über die Beschlüsse des Reichsrats und dessen Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geben. Wenn man die Ausführungen dieses Ministers als hilfloses Geklingel bezeichnet, so gibt man seiner Rede noch ein sehr mildes Prädicat. Herr v. Keudell sagte alles, was im Reichsrat verhandelt worden war, als bekannt voraus. Zur Kostenfrage meinte er, daß er darüber keine Auskunft geben könne,

übrigens sei sie ja auch für die Beratung des Gesetzes ohne Bedeutung, denn die finanzielle Auswirkung werde sich ja erst nach drei Jahren ergeben. Schließlich sei im Kabinett noch gar keine Einigung über die Verteilung der Kosten erfolgt.

Eprachs und war auch schon am Ende.

Wirke das Auftreten dieses Herrn Ministers für die Partei, die ihm in sein jetziges Amt geschickt hat, geradezu niederdrückend, so vertrat mit um so größerer Gründlichkeit der

Ministerialdirektor Raetzner

den preussischen Standpunkt. Er stellte fest, daß vor der Einbringung des Entwurfs die Länder vom Reichsministerium des Inneren nicht gehört worden sind. Das ist bisher noch bei keiner Vorlage der Fall gewesen. Mit reichem statistischen Material führte Raetzner den Nachweis, daß auch bisher schon in Preußen die Beförderungsschule sichergestellt sei. Nur für die weltliche Schule fehlten gesetzliche Unterlagen. Es bestehe deshalb ein großes Mißverhältnis zwischen der Zahl der weltlichen Schulen und der Zahl der bekanntgestellten Kinder. Hier müsse

eine Aenderung eintreten, sonst würden die Schulstreiks kein Ende nehmen. Die Simultanische habe in Preußen zahlenmäßig nur geringe Bedeutung. Eingehend behandelte der Vertreter Preußens dann die Kostenfrage, die nicht unbedeutlich sei. Die Verhandlungen im Ausschuss gehen weiter.

Die Parteiführer beim Finanzminister. Erste Informationen. - Dauernde Fühlungnahme beabsichtigt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler empfing heute vormittag gemeinsam mit dem Reichsanwalt Dr. Marx die Führer der Regierungsparteien, um ihnen Mitteilungen über die Besprechungen mit dem Reparationsagenten zu machen. Für die Deutschnationalen war Graf Westarp, für die Bayerische Volkspartei der Abgeordnete Reich, für das Zentrum der Abgeordnete Brüning, und für die Deutsche Volkspartei der Abgeordnete Dr. Schulz erschienen.

Nachdem der Finanzminister die Regierungsparteien über den Stand der Dinge informiert hatte, empfing er auch Vertreter der übrigen Reichstagsfraktionen mit Ausnahme der Kommunisten und der Balthischen, um ihnen Auskunft über dieselben Fragen zu geben. Es waren erschienen die Abgg. Wels, Dittmann und Dr. Hilferding von den Sozialdemokraten, Koch-Weser und Dietrich-Baden von den Demokraten sowie der Wirtschaftsparteiler Drewitz.

Die Besprechungen mit den Regierungsparteien dienen zunächst nur zur Informierung über die Probleme. Der Reichsfinanzminister wird laufend Fühlung mit den Parteien halten.

Auch mit den Vertretern der Gewerkschaften hatte Dr. Köhler für heute vormittag eine Besprechung vorgezogen.

Die Reichsregierung läßt erklären, daß sie nicht die Absicht habe, die Vorlage über die Beamtenbesoldung so zu verändern, daß die Belastung geringer werde; die Parteien des Reichstags allerdings hätten die Möglichkeit einer Revision. Soll das etwa heißen, daß die Regierungsparteien aus den zu erwartenden Deckungsschwierigkeiten die Konsequenzen ziehen sollen? Weiter läßt die Reichsregierung erklären, daß sie die Schulvorlage nicht zurückzustellen, sondern mit aller Energie zu fördern gedenke, um so mehr, als bisher ein Antrag auf Zurückstellung noch nicht eingegangen sei.

Zehn Jahre Sowjetdiktatur.

Ein Jubiläum ohne Freude.

Von Peter Garwy.

Die Sowjetregierung feiert das zehnjährige Jubiläum der bolschewistischen Machtergreifung. Es klopfen die Hämmer, um Festbühnen auf den geschichtlichen Plätzen der beiden russischen Hauptstädte zu errichten, um vor den erstaunten Augen der aus allen Ländern zusammengebrachten „Arbeiterdelegationen“ die „heroische Vergangenheit“ der bolschewistischen Diktatur zu beleben. Festlärm dringt über die Grenzen nach Europa.

Aber in das feierliche Getöse mischen sich schneidende Dissonanzen. Der rastlose Fraktionskampf innerhalb der KPDSS. loderte gerade in den letzten Tagen hoch auf, als ob mit Absicht die Freudlosigkeit dieses Festes unterstrichen werden sollte. Und in der Tat ist es schwer zu entscheiden, ob die klopfenden Hämmer Festbühnen für die heutigen Triumphatoren oder Gerüste mit der Guillotine für Trocki und Konjorten aufrichten. . .

Es ist kein Zufall, daß der allmächtige Diktator Stalin das Jubiläum der Sowjetmacht als ein Mittel des Vernichtungskampfes gegen die Opposition zu benutzen sucht. Es ist kein Zufall, daß die Festreden in den Paradesitzungen mit Haß gegen die Opposition vergiftet sind und zur entschiedenen Liquidierung der „inneren Feinde“ auffordern. Es sieht so aus, als ob die „Fahne des Kommunismus“ recht habe mit der Behauptung, daß Stalin ein „Programm“ der Liquidierung der kommunistischen Revolution in Einzelheiten schon ausgearbeitet habe. Nach diesem strategischen Plan beabsichtige Stalin ein „Wett in drei Zügen“: erster Zug: die Jubiläumssfeier als Demonstration der „Anerkennung“ der gegenwärtigen Partei- und Staatspigen durch das Volk; zweiter Zug: Parteitag im Dezember zum Zweck der endgültigen Liquidierung der legerischen „kleinbürgerlichen“ Opposition; dritter Zug und Schach und Matt: ein themidorianisch-bonapartistischer Staatsstreich unter dem Deckmantel der „Rettung der bolschewistischen Revolution“ von der Gefahr eines gegenrevolutionären Umsturzversuches durch die Trockisten, die „bürgerlichen Parteilosen“ und die weiharbisthischen Monarchisten. . .

Der Parteistreit nähert sich der entscheidenden Phase. Beide Seiten greifen zu den letzten Kampfmitteln. Umsonst protestiert die Opposition gegen die Einmischung der Staatspolizei, der fürchterlichen GPU, in den Parteikampf. Umsonst hat vor kurzem der mit Trocki aus dem Ekki ausgeschlossene Wujowitsch klammern Protest erhoben gegen die illogische Ausnutzung des Staatsapparates durch Stalin. Verspätete Proteste und Klagen! Stalin setzt nur die Methode Sinowjews, Trockis, Kamenevs fort. Gerade Trocki war der Vater der „Theorie“ über die Notwendigkeit eines „Zusammenwachsens von Partei und Staat“ als Garantie der siegreichen Diktatur des Proletariats. „Tu l'a voulu, George Dandin!“ Du hast es gemollt, Leo Trocki!

Die „demokratische“ Vorbereitung zum Parteitag ist in vollem Gange. Die Wahlplattformen sind durch Prospektionslisten ersetzt, die durch Stalin feierlich versprochene Parteidiskussion vor den Parteiwahlen — durch die Verhöre in den Fotierkammern der GPU, die freie Wahl der Delegierten — durch Ausschließungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, der „um letztenmal der Opposition zugeworfenen Rettungsring“ — durch eine Eisenkugel, die an das Bein der über Bord geworfenen „politischen Leichen“ angehängt wird.

Die Parteioption, aus allen legalen Positionen verdrängt, kämpft mit Verzweiflung, um sich wenigstens unterirdisch zu befestigen. Aber unter dem bolschewistischen Terror sind die illegalen Möglichkeiten viel geringer als in den Jarenzeiten. Wie es die längste Enthüllung eines „Lodspitzeltruffs“ der GPU, der die monarchistischen Verschwörungen und Attentate provoziert und inszeniert hatte, beweißt, ist das Lokspizetum jetzt bei weitem stärker entwickelt, als in dem auch politisch rüftständigen zaristischen Rußland. . .

Die illegalen Möglichkeiten werden immer geringer. Es ist beachtenswert, daß die russische Parteioption genötigt war, sich im Ausland ein Sprachrohr „Die Fahne des Kommunismus“ zu schaffen. Das scheint der erste Schritt auf dem Wege der Uebertragung der illegalen Tätigkeit der Parteioption nach dem Auslande zu sein. Aber die russischen Oppositionellen denken kaum über die beachtenswerte Tatsache nach, daß sie ihr linkskommunistisches Sprachrohr ausgerechnet im Lande einer „verächtlichen“, durch „Sozialverräter“ geschaffenen und gefestigten „bürgerlichen Demokratie“ herausgeben müssen, während in dem „ersten Lande der proletarischen Diktatur“ eine harmlose Verdrängung der Oppositionsdokumente als ein „schweres Verbrechen“ gebrandmarkt und verfolgt wird. Nach wie vor bleibt die Opposition gleich der Mehrheit auf dem Boden der Diktatur und der allgemeinen Rechtslosigkeit. Nicht den Weg der Volksbewegung, sondern den Weg der Partei-männer und Palastrevolutionen hat sie gewählt.

Das Proletariat aber schweigt. Die Arbeitermassen, die in Petersburg vor dem Bahnhof als Statisten zum Fest versammelt wurden, begrüßten die „wirklichen Heroen“ der glorreichen Oktoberrevolution, Trocki und Sinowjew, mit einem Totenschweigen, das nur durch das Wisen und Zischen der Stalinschen Clique unterbrochen wurde. . . Die bolschewistische Presse wird die geschichtliche Phase

Die Bergarbeiter wehren sich.

Streik gegen Maßregelung.

Liebenwerda, 25. Oktober.

Auf zwei Gruben der Umgebung, Hanja und Wilhelm, wird auch heute noch gestreikt. Die Werksleitung hatte auf diesen Gruben die Wiedereinstellung einer Anzahl Arbeiter abgelehnt mit der Begründung, daß die wirtschaftliche Lage des Betriebes die Verminderung der Belegschaft erforderlich mache.

Die Belegschaftsversammlungen beschloßen daraufhin die Fortsetzung des Streiks und riefen die Organisations an.

Im übrigen ist die Arbeitsaufnahme im hiesigen Revier vollständig erfolgt. Auch die Differenzen wegen der Wiedereinstellung von Bergleuten sind fast restlos beseitigt.

Wie sie Kommandieren!

Konservativer Müffel für deutsch-nationale Minister.

Die Konservativen pochen auf ihr Recht, die Deutsch-nationale Volkspartei zu kommandieren. Ihr Hauptorgan, die „Kreuz-Zeitung“, beschäftigt sich mit Aeußerungen, die der Reichsvertehrminister Koch und der Reichstagsabgeordnete Woltraf auf dem Deutschnationalen Parteitag zu Düsseldorf über das Verhältnis der Deutschnationalen Volkspartei zu den Konservativen getan haben. Minister Koch hat ausgeführt:

„Wir müssen es ablehnen, uns von einer Gruppe, wenn auch tüchtiger Männer, vorschreiben zu lassen, was wir zu tun und zu lassen haben; denn erstens die Zahl der Konservativen ist sehr gering, und zweitens, ihre Auffassung vom Staat und politischen Leben ist sehr weltfremd. Wir müssen es ablehnen, daß die Konservativen in die deutsch-nationale Politik hineinreden.“

Darauf verweist die „Kreuz-Zeitung“ den deutschnationalen Minister mit Hohnsachen darauf, daß das deutsch-nationale Programm das Programm der Konservativen sei:

„Wir wollen einen authentischen Text abwarten. Sollte aber die Aeußerung, wir Konservativen wären „weltfremd“, authentisch sein, so möchten wir denn doch fragen, ob etwa Dr. Koch das Innehalten des im Jahre 1919 aufgestellten deutschnationalen Programms, zu dem sich der diesjährige große Parteitag aufs neue bekannt hat und das

der deutsch-konservativen Auffassung entspricht, nicht mehr als gültig ansieht. Im übrigen haben — immer vorausgesetzt, daß die Worte des Reichsministers Koch so gelaute haben, wie berichtet wird — die Konservativen mindestens genau das selbe Recht, „in die deutsch-nationale Politik hineinzureden“, wie andere Gruppen, seien sie ursprünglich christlich-sozial oder freikonservativ gewesen.“

Gegenüber Woltraf wird die „Kreuz-Zeitung“ noch deutlicher:

„Was die Aeußerung von Exzellenz Woltraf betrifft, die Deutsch-nationale Volkspartei sei keine Fortsetzung der Deutsch-konservativen Partei, sondern in ihr hätten sich die verschiedensten Elemente im Kampf für Vaterland, Christentum und sozialen Frieden zusammengefunden, so sei, auch hier unter dem Vorbehalt, daß der Bericht genau ist, höflichst an die Entscheidungsgeschichte der Deutschnationalen Volkspartei erinnert. Die Deutschnationalen sind aus der alten konservativen Partei hervorgegangen unter Hinzunahme anderer kleinerer nahe-stehender Gruppen. An dieser Tatsache läßt sich nichts abstreichen.“

Also: wir Konservativen sind die Partei, und alle anderen sind nur geduldet. Das ist deutlich und straft alle Dementis der deutschnationalen Pressestelle Lügen.

Zu allem Ueberflus meldet sich Graf Westarp, der Vertrauensmann der Konservativen und Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei. Er hat dem Berliner Korrespondenten des „Giornale d'Italia“ erklärt:

„daß der Stahlhelm nun seine Zurückhaltung aufgeben und mit seinen über sechshunderttausend Mitgliedern, zum größten Teil Frontkämpfern, an dem Wahlkampf teilnehmen werde. Schwarzweißrot sei die Lösung als ein Zeichen seines offenen Glaubensbekenntnisses für Monarchie und Vaterlandsliebe. Das Wahlprogramm der Deutschnationalen Volkspartei werde sich im wesentlichen mit dem des Stahlhelms decken, wenn auch die monarchische Frage für die Partei nicht dringlichen Charakter habe.“

Also: unter Schwarzweißrot für die Monarchie im Bunde mit dem Stahlhelm! Da soll noch einer sagen, das konservative Kommando entspräche nicht den Tatsachen, und es sei ehrlich und charakterfest, wenn deutsch-nationale Minister der Republik unter der Parole: Mit Schwarzweißrot für die Monarchie in den Wahlkampf ziehen!

Der Kloggenstreit in Südafrika ist in der Weise beigelegt worden, daß der englische Union Jack in den Hauptstädten auf den öffentlichen Gebäuden, wie z. B. den Parlamentsgebäuden und anderen, die in einer Proklamation bekanntgegeben werden sollen, sowie auf allen Schiffen und Decks gehißt wird.

in Erinnerung bringen: „Das Schweigen des Volkes ist eine Lehre für . . . den versagenden Führer.“ Aber in unserem Gedächtnis tauchen andere geschichtliche Momente aus der Französischen Revolution auf. „Mein Volk, du wirst perorieren,“ rief Danton auf dem Wege zur Guillotine. Das Volk schwieg. Am 9. Thermidor forderten die Robespierrieren das Volk der Pariser Vorstädte zum Aufstand auf. Das Volk schwieg. Der Terror hatte seinen Kampfwillen getötet.

Das Proletariat schweigt. Der Führerkampf um das Erbe Lenins, um die unbegrenzte Macht im Sowjetreiche wird ohne das Volk ausgefochten. Das nach der Sowjetverfassung „allmächtige“ Proletariat ist in zehn Jahren der terroristischen Diktatur zu der Rolle des Statisten auf der politischen Bühne degradiert worden. Das Volk schweigt, aber schreit gehoriam hurra! — nicht, weil es wirklich in einem „Arbeiterparadies“ wohnt, sondern weil es den Geschmack der Freiheit und den Glauben an seine Kraft verloren hat. Dies Schweigen im Herzen der Arbeiter kann durch keinen lauten Festjubel überschrien werden. . . .

Aber früher oder später wird der Zauber zerbrochen. Der rastlose Parteikampf zerrüttet die Wand des Schweigens. Er löst, er weckt die Arbeiterklasse zu Aktivität, zum Kampf. Kommt die Lösung früher, als die Volksmassen ihr eigenes Wort sagen, dann wird sie gegen das Volk, gegen die Arbeiter, gegen die Demokratie erfolgen.

Ausschluß Trozki und Sinowjews aus dem Zentralkomitee.

Moskau, 25. Oktober.

Das Vereinigte Plenum des Zentralkomitees und der Zentralkommissionen der kommunistischen Partei Rußlands, das vom 21. bis 23. Oktober tagte, teilt mit, daß das Plenum nach Entgegennahme eines Referates über die Fraktionslosigkeit der Oppositionsführer in den letzten zwei Monaten beschloß, Trozki und Sinowjew aus dem Zentralkomitee auszuschließen. Angesichts des Nichteinverständnisses der Oppositionsführer mit dem Manifest des Zentralkomitees der Sowjetunion, insbesondere mit dem Uebereinkommen zum Lebensfundament, hielt es das Plenum für notwendig, diese Frage zu prüfen und billigte darauf in einem besonderen Beschluß das Manifest, wobei die oppositionellen Mitglieder des Plenums gegen das Manifest stimmten.

Das Vereinigte Plenum habe im August gegenüber Trozki und Sinowjew eine weitgehende Duldsamkeit und Rücksichtigkeit dadurch an den Tag gelegt, daß es ihnen die Möglichkeit gab, ihr Vorgesprochenes über die Lösung vom Fraktionskampf einzuhalten, und sich damals auf eine Verwarnung, die die letzte war, beschränkt. Trozki und Sinowjew betrogen jedoch abermals die Partei und verließen in geschlossener Weise ihre übernommenen Verpflichtungen, indem sie den Fraktionskampf gegen die Partei und deren Einheit auf eine Stufe brachten, die an die Gründung einer neuen Partei gemeinsam mit den bürgerlichen Intellektuellen grenzte.

Das Plenum beschloß, das gesamte Material über die separatistische Tätigkeit der Führer der Trozki'schen Opposition ebenso wie der Gruppe Sinowjew-Sapronow dem 15. Parteikongreß zur Prüfung zu unterbreiten.

Leo Trotzki ist heute fünfzig Jahre alt. Am selben Tag wird aus Moskau gemeldet, daß Stalin zu einem entscheidenden Schlag gegen ihn ausgeht hat. Trotzki ist aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen. Er ist für die kommende Parteidiskussion und den Parteitag mitgezogen, seine Stimme wird nicht mehr gehört, es bleibt ihm nur die Resignation oder die illegale Arbeit, und damit die Rebellion.

Leo Trotzki schloß sich Ende der neunziger Jahre der Sozialdemokratischen Partei Rußlands an. Er war bald gezeugnet, in die Emigration zu gehen. In London kam er in Fühlung mit Lenin. Anfang des Jahrhunderts übernahm er mit dem Kreis Lenin, Bichanoff, Martow und Uglrod die Redaktion der „Istra“. Der talentvolle Journalist war einer der Hauptpersonen dieses Kreises. Nach dem Einigungsparteitag von

1903, der die „Istra“ zum offiziellen Parteiorgan erhob, stand Trotzki zum menschenwürdigen Flügel der Partei. Man zählte ihn zur Rechten.

In der Revolution des Jahres 1905 war Trotzki einer der Führer des Petersburger Arbeiterdelegiertenrates. Im Prozeß gegen den Arbeiterdelegiertenrat hatte er die geistige Führung. Er wurde nach Sibirien verbannt. Es gelang ihm jedoch, zu entfliehen.

Nach diesem Zeitpunkt setzte eine Entwicklung Trotzki vom rechten Flügel der Menschewisten fort. Mit Parvus zusammen vertrat er die Idee der permanenten Revolution. Zwischen Menschewi und Bolschewi nahm er eine vermittelnde Stellung ein. Nach der Augustkonferenz des Jahres 1912 machte er den Versuch, die damals schon völlig gelähmte Partei wieder zusammenzubringen, wobei er auf den heftigen Widerstand von Lenin stieß.

Im Kriege gehörte er zu dem Kreis um Martow, Dan, Bogomolki und Tschischewin, der in Paris eine russische Tageszeitung herausgab. Diese Zeitung vertrat die Idee des Internationalismus und der Bekämpfung des Krieges.

Mit der Revolution des Jahres 1917 kam er wieder nach Rußland zurück und schloß sich gemeinsam mit Frau Kollontaj und Tschischewin sehr rasch den Bolschewisten an. Im Gegensatz zu Sinowjew hielt er im Oktober 1917 den Augenblick der Machtübergangung der Bolschewi für gekommen. — Trotzki und Lenin waren die Hauptkräfte des bewaffneten Aufstandes, der die Bolschewi in die Macht trug.

Nun beginnt die dramatische Laufbahn Trotzki. Als Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten führte er die Waffenstillstandsverhandlungen von Brest-Litowsk. Gegenüber den Forderungen der deutschen kaiserlichen Regierung wählte er den Ausweg, daß er einseitig das Ausschließen Rußlands aus dem Krieg erklärte. Der Vormarsch der deutschen Truppen zwang ihn am 8. März 1918 zur Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk.

Trozki übernahm nach Brest-Litowsk das Kriegskomitee. Er wurde der Schöpfer und Organisator der Roten Armee. 1920 Vormarsch der Roten Armee nach Polen, der jedoch bald zusammenbrach. Nun wandte sich der nimmermüde Organisator der Schaffung innerer Arbeitsarmeen zu.

Der Kriegskommunismus ließ sich jedoch nicht halten, Rußland geriet immer mehr in die Gefahr, völlig zugrunde zu gehen. Lenin wählte den Ausweg der neuen ökonomischen Politik, Trotzki führte die Opposition dagegen. Die übertragene Persönlichkeits Lenins verhinderte, daß diese Gegensätze zum offenen Konflikt führten.

Nach dem Tode Lenins begann der Kampf um die Macht. Die Epigonen verhinderten Trotzki, sich an die Spitze des Staates zu setzen.

1924 Veröffentlichung des Trozki'schen Buches „Die Lehren des Oktober“, in dem Kamenev, Sinowjew und Stalin scharf kritisiert wurden. Der Konflikt spitzte sich zu. Trotzki mußte in den Kaukasus gehen, er wird im Februar 1925 seines Amtes als Kriegskommisär enthoben.

Drei Monate später kommt ein Kompromiß zustande. Er wird wieder in das Zentralkomitee der Sowjet-Union gewählt. Er wird Präsident des Hauptkongresskomitees.

Inzwischen wächst die Macht Stalins. Er geht weiter vorwärts auf den Linien der neuen ökonomischen Politik. Die Bauernschaft tritt in den Vordergrund, die Arbeiterschaft tritt demgegenüber zurück. Eine Opposition gegen Stalin aus den verschiedenartigsten Elementen schließt sich zusammen. Trotzki wird mit Kamenev und Sinowjew der Führer dieser Opposition. Im August 1926 wird er wieder beerdigt. Im Oktober 1926 beginnen die Parteiprozesse gegen ihn. Der Gegensatz läßt sich nicht mehr verwischen. Es gibt keine haltbaren Kompromisse mehr. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem Stalin zum entscheidenden Schlag ausheilt.

Was will Trotzki? Gegenüber der nüchtern rechnenden Politik Stalins vertritt er die Idee der Wiederbelebung des Kriegskommunismus. Den Weg zur Demokratie hat der alte Sozialdemokrat noch nicht wieder gefunden. . . .

Der Linksruck in Königsberg.

Sozialistisches Stadtverordnetenpräsidium gewählt.

Königsberg i. Pr., 25. Oktober. (Eigenbericht.)

Zum ersten Male nach der Wahl trat gestern die Königsberger Stadtverordnetenversammlung zusammen. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde vorgeschlagen der bisherige Vorsteher, der Magistratsbaumeister Schwarz (D. Sp.) und Oberinspektor Ligatis (Soz.). Die Abstimmung ergab für Ligatis 32, für Schwarz 31 Stimmen. Das Resultat wurde auf der Linken mit starkem Beifall aufgenommen. Nach der Wahl des sozialistischen Stadtverordnetenvorstehers enthielt sich die Rechte der Stimme. Bei der darauf folgenden Wahl des ersten stellvertretenden Vorstehers wurde der Kommunist Kaufmann zum zweiten stellvertretenden Vorsteher der „Königsberger Volkszeitung“, Wyrzajski, gewählt. Auch die beiden Beisitzer des Präsidiums gehören den beiden Linksparteien an. Das Königsberger Stadtparlament hat nunmehr ein rein sozialistisches Präsidium. Die Demoproten stimmten mit den Linksparteien.

Erst feige, dann frech.

Wenn Hakenkreuzler nach Polizeischutz schreien . . .

Kein war die Gründung der Krensdorfer Ortsgruppe des Reichsbanners und die Absicht einer Fahnenweihe bekanntgeworden, als eine Anzahl deutschnationaler Landtagsabgeordneter eine offizielle Anfrage an die preussische Regierung richteten, was sie zum Schutz des angeblich schwer bedrohten Krensdorf und der Mörderfamilie Schmelzer zu tun gedenke. Obwohl die Disziplin des Reichsbanners zweifellos allein ausgereicht hätte, um irgendwelche Ausschreitungen zu vermeiden, sah sich die preussische Regierung doch veranlaßt, der aus Schuldgefühl entsprungenen Angst der Hakenkreuzler dadurch nachsorgend Rechnung zu tragen, daß sie zwar nicht, wie diese wünschten, die Veranstaltung des Reichsbanners verbot, aber am Tage der Veranstaltung ein verstärktes Landjägerausgebot nach Krensdorf und namentlich in das Schmelzer'sche Gehöft legte. Wie sich gezeigt hatte, eine überflüssige Vorsichtsmaßnahme. Aber was machen die Deutschnationalen daraus? Jetzt hinterher schreibt die „Deutsche Zeitung“ in ihrer Morgenausgabe vom 25. Oktober in ihrem Bericht, den sie „Reichsbannererummel in Krensdorf“ tituliert:

Die Fahnenweihe konnte selbstverständlich nur dadurch zustande kommen, daß aus den umliegenden Ortschaften und weiterer Reichsbannerkreuze Hintonnandertraten. Durch zahlreiche Landjäger wurde die Veranstaltung gescheitert. Sie fand also lediglich unter Polizeischutz statt.

Erst zum eigenen Schutze nach Polizei schreien und dann hinterher behaupten, daß die Polizei zum Schutze der anderen erschienen sei, das entspricht vollkommen jener Lausbuben-gesinnung des Hakenkreuzertums, wie sie sich in nächtlichen Stehlen von Reichslaggen und Kränzen, in nächtlicher Friedhölschändung und im feigen Absteuern begangener Taten vor Gericht allzuleicht dokumentiert.

Ein Präsident, der seine Gesandten umbringt

Achmed Zogu hat den Prager Nord angestiftet.

Prag, 25. Oktober.

Die Untersuchung der Mordtat an den Gesandten Albanien hat überraschende Ergebnisse. Der Mörder hat auf seiner Reise von Rom nach Prag mit dem albanischen Konsul in Wien eine Unterredung gehabt. Dieser Konsul hat versucht, beschlagnahmte Papiere in die Hinterkassette des Ermordeten zu schmuggeln. Die Papiere waren bei der Öffnung seiner Kasse in Albanien „gefunden“ worden und nachweisen, daß der Gesandte gegen seine Regierung konspirierte. Die Behauptung, daß es sich um eine albanische Familienfehde gehandelt habe, ist unter diesen Umständen ein künstlich konstruierter Vorwand. Achmed Zogu hat seinen Better umbringen lassen.

Erste Tanzmatinee der Volksbühne.

Im Theater am Bülowplatz.

Die erste Tanzmatinee der Volksbühne in der beginnenden Winterhalbe zeigt die Darbietungen von drei Solotänzerinnen. Die völlige Verschiedenheit der Künstlerinnen von einander in der Tanztechnik wie in der Tanzweise gestaltet die Matinee abwechslungsreich und ließ gelegentlich auch eine schwächere Nummer am Publikum vorbeiziehen, ohne daß dadurch der künstlerische Gesamteindruck der Veranstaltung gestört wurde.

Am schwersten gewann die Wienerin Ellnor Tardis Kontakt mit den Zuschauern. Das lag wohl im wesentlichen daran, daß ihrem Tanzstil etwas von der durchsichtigen Klarheit fehlte, die dem Publikum die tänzerische Persönlichkeit sofort deutlich macht. Bismellen hatte man den Eindruck, daß Frau Tordis von ihren eigenen Gestaltungsmaßnahmen fort und nach solchen hinstrahlt, die ihrer inneren Natur fremd sind. Das belastete ihren ersten Tanz „La Tosca“ mit einer fühlbaren Versteiftheit, die sich auch noch im „Chanson“ zeigte. Hier bemühte sie sich um die Gestaltung einer dunklen, schweren Partein, die ihr im Grunde sehr fern liegt, und die sie unbehelend mit dem anmutigen Kotofoposdos verwechselt, das ihr natürlich ist. Ihr Tanz wird kaum je von der Würde des ganzen Körpers befaßt und geformt. Frau Tordis gibt eigentlich nur weit ausschlagende, schöne Arm- und Beinbewegungen und flackernde Handbewegungen, die die Herlichkeit eines hellen, wenig beschwerten Kostüm gracilös herausheben. Die „Tanzsuite“ zeigte wohl am gelungensten ihren Kreis tänzerischer Möglichkeiten, stellte den Ernst knapper, gespannter Gesten der Glieder neben die Heiterkeit voll durchfliegender Schwünge. Die mit größtem Beifall aufgenommenen „Variationen über ein Thema von Corelli“ formten sich zum tänzerischen Ausdruck, der musikalisch die Ammut der Töne nachzeichnete.

Helga Karmann ist in Berlin keine unbekannte Tänzerin mehr. Aber jedes Wiedersehen mit ihr auf der Bühne bereitet Freude an ihrer künstlerischen Entwicklung. Vieles an ihren Tänzen wirkt noch unklar; denn sie tanzt in ihnen die ruhende Unfertigkeit der Jugend; neben der halben, trauernden Dunkelheit des Unverstandenen zeigt sich eine noch fast kindliche Bestimmtheit. Hinter beiden aber steht das Erwachsene, das sich zum ersten, wirklich reifen tänzerischen Ausdruck formt. Der „Spanische Tanz II“ mit den großen, leicht gelassenen Bewegungen wirkt wie ein glückliches Bekenntnis des Ich-Bewusstseins. In jäh austretenden Körperstreckungen, in den herabgelassenen, abnehmend gerundeten Armen flingt ein Motiv eher herbar, unendlich frischen Herausforderung auf (es wurde in der später genannten „Balsone“ noch einmal vollzogen) und deutet die Chancen einer Persönlichkeitsentwicklung an. „Am Raum verloren“ und „Friedlos“ sind die Tänze einer hilflosen, zielstrebenden Jugend. „Am Raum verloren“ wirkt durch den Ringel

an Atmen fast unterlig; aber trotzdem ist dieser Tanz mit dem leeren Gleiten der Trüppelstritte, mit dem taumelnden Schwanken zwischen unsichtbaren Wänden von schmerzlicher Eindringlichkeit. Dramatischer, im Ausdruck betonter ist „Friedlos“. Was dort angedeutet wurde, ist hier zum körperlichen Schrei gesteigert, der schließlich in aufstrebender Ekstase zusammenbricht.

Ma Tribell war die künstlerisch stärkste Persönlichkeit dieser Matinee. Sie ist ein Elementargeist des Tanzes. Was sie tanzt, gibt nicht irgendein Gefühl oder eine Stimmung wieder, nicht einmal das Wesen der Tänzerin. Sondern den Begriff „Tanz“. In ihm ist Ma Tribell verflochten, so verflochten, daß sie sich trittlich und gegengenes an ihn verschwendet, daß sie in einem Tanz alle Möglichkeiten aller Tänze erschöpfen möchte. Das gibt nicht nur dem Inhalt, das gibt auch dem Aufbau ihrer Tänze eine gewisse Gleichförmigkeit. Fast alle beginnen mit einem zögernden Testen des Körpers nach Entfaltung und entwickeln sich über Kampf oder Widerstand zu ungebundener Lockerung. Höchstens, daß gelegentlich das Motiv einer Phase später noch einmal auftaucht und der Tanz künstlerisch rundet. Der „Erdtänzer Walzer“ einziger Tanz der Tribell, der mit seiner Bezeichnung den Zuschauer zu einer begrifflichen Vorstellung bringen wollte, war auch der einzige Tanz, der ganz eigene Wege ging. Er schien so in gewissem Sinne schon eine innere weitere Entwicklung der Tänzerin zu sein. In ihm waren bereits Motive zu einem ganz bestimmten künstlerischen Ziel zusammengefaßt. Auch in „Karatai“ spürte man schon Verzicht auf Unwesentliches, schärfer Charakteristik der Eigenart dieses besonderen Tanzes. Im allgemeinen wird Ma Tribell solche Beschränkung noch lernen müssen. Der künstlerische Reichtum, der auf einer Technik basiert, die noch das Schwierigste spielend zu erledigen scheint, wird erst dann voll zur Geltung bringen können.

Lrude E. Schulz.

Die Berthelot-Feyer in Paris. Während der gestrigen akademischen Feiertage in der großen Aula der Sorbonne zu Ehren des Chemikers Marcelin Berthelot, der der Präsident der Republik, das Diplomatische Korps und Delegierte der Wissenschaft aus 60 Ländern, insgesamt 200 ausländische Vertreter, heimgekehrt, wurde in Anwesenheit des Wert des Chemikers Berthelot eingehend gewürdigt. Berthelot nahm während der Feiertage an den Universitäten, Hochschulen und Verbänden der chemischen Industrie aus allen Ländern überbrachten Adressen in Empfang. Professor Schenck überreichte eine Adresse in seiner Eigenschaft als Direktor des Chemischen Instituts in Berlin. Eine weitere Adresse wurde durch den Vertreter der Universität Heidelberg überreicht. Berthelot wies in seiner Ansprache insbesondere auf das zu Ehren Berthelots in Paris zu errichtende „Haus der Chemie“ hin, das aus Stiftungen aus allen Ländern gegründet wird, und das sowohl ein Faktor des wissenschaftlichen Fortschritts als auch der Annäherung der Völker sein soll. Ganz besonders hob Berthelot hervor, daß ein Vertreter der deutschen Chemie im College de France dem Tode Berthelots gedenkt habe.

Die neue italienische Polarexpedition. Die Kommission, die den neuen Plan einer Polarexpedition des Generals Nobilite begutachtet, teilt Röhrens über dieses großartige Unternehmen in Mailänder Blättern mit. Die Expedition, die die Unterstützung der italienischen geographischen Gesellschaft genießt, erhält von der Regierung das Zuschuß Nr. 4 zur Verfügung gestellt, das Schwesterkreuz der Norge, die im vergangenen Jahr für den Flug Amundsen mit Nobilite benutzt wurde. General Nobilite beabsichtigt hauptsächlich, die Rüste Sibiriens zu erforschen. Die Sowjetregierung hat ihre Hilfe zugesagt und will eine Basis an der Mündung des Jenisei errichten sowie Gebirge und Seeoberflächen erforschen. Der General beabsichtigt, von Rom über Friedrichshafen, Leningrad und Bads nach Spitzbergen zu fliegen. Von Spitzbergen aus will er eine Reihe systematischer Forschungsreisen in das Polargebiet unternehmen und auch den Nordpol besuchen.

Ein unbekanntes Requiem von Josef Haydn in C-Moll ist von dem Tübinger Musikwissenschaftler Ernst Fritz Schmid entdeckt worden. Schmid fand eine Abschrift des Wertes im Städtischen Museum in Burghausen an der Salzach und noch zwei weitere Abschriften einer späteren Fassung in Würzburg. Auf der Burghausener und auf einer der Würzburger Abschriften ist der Name des Komponisten angegeben. Die künstlerische Form des Wertes und die Tatsache, daß die Burghausener Abschrift bereits aus dem Jahre noch 1760 stammt, lassen die Echtheit der Tonbezeichnung als sicher erscheinen. Das Werk soll demnächst von einem Berliner Musikverlag veröffentlicht werden.

Neue Zwischenfälle im Budapester Nationaltheater. Während der zweiten Aufführung des Stückes „Nagaszony“ von Szomory im Budapester Nationaltheater kam es zu weiteren Ruhestörungen. Von der Galerie wurden sechs bis acht sogenannte Kanonenschläge in den Zuschauerraum geworfen. Die Polizei räumte die Galerie und stellte zahlreiche Demonstrationen fest. Letztere erklärten, sie hätten nichts gegen das Stück selbst einzuwenden, wohl aber gegen die Verlor des Autors, der sich der Militärdisziplin durch Fahnenflucht entzogen und seine Feder in den Dienst der Phono-graphie gestellt habe.

Carl Judmayer liest für die Volksbühne. Der Verfasser des „Kühnen Weinberg“ und des „Schinderhannes“ wird auf Einladung der Volksbühne, am Mittwoch, 8. Uhr, in der Aula des Gymnasiums zum Grafen Keller, Stadthaus Nr. 74, aus seinen Werken vortragen. Einlasskarten zum Preis von 0,50 M. in den Verkaufsstellen der Volksbühne und am Kassabüreau.

Glückliche Begegnung mit dem Generalstab mit der Direction der Verwaltung in der nächsten Heimreise des Staatlichen Schauspielhauses die Berlin im „Kühnen Weinberg“.

Das österreichische Schreien für Schöner. Der österreichische Bundespräsident hat beschlossen, das Große Ehrenkreuz für Verdienste um die Republik Österreich Karl Schöner zu verleihen. Der österreichische Botschafter ist sich vorstellen. Aus Angora wird gemeldet, daß „Nisiphan Kemal Vahid“ bei dem deutschen Kaiser Kämpf sein Porträt besetzt habe. Damit überschreitet zum erstenmal ein türkischer Politiker die Reichsgrenzen, die jede Nachbildung des Reichens unterliegt. Mittelalter in Chicago. Das Bureau des Amerikanerischen Handels, der sich das Ziel setzt hat, die Vereinigten Staaten von der „politischen Unterjochung durch Amerikaner“ freizumachen, gibt bekannt, daß jedes Geschäftswort in den Amerikanerischen Staaten der Stadt, das mit kritischer Freigebung „durchsicht“ werden kann, verbrannt werden wird.

Versuchter Lustmord in einem Hotel.

Der Täter unerkannt entkommen.

In einem Hotel in der Kleinen Frankfurter Straße 7 liegt heute vormittag gegen 12 Uhr ein Pärchen ab, das längere Zeit im Zimmer verweilt. Plötzlich erklingen gellende Hilferufe. Der männliche Begleiter stürzt aus dem Zimmer, öffnet die Wohnungstür und sucht das Weite. In dem Zimmer fand man die Begleiterin, eine 24jährige Prostituierte Gertrud S., bewußlos am Boden liegen. Neben ihr lag ein großes Tafelmesser.

Wie bisher festgestellt wurde, hatte der Unbekannte das Mädchen auf der Straße angesprochen und sich mit ihr in das Hotel begeben. Als er ein Messer und stürzte sich auf die Sch. Er brachte ihr achtzehn Stiche im Kopf, in der Brust und an den Weinen bei. Außerdem schnitt er ihr die Nase ab. Die Schwerverletzte, die kaum mit dem Leben davonkommen dürfte, wurde in das Krankenhaus nach dem Friedrichshain übergeführt.

Die Kriminalpolizei, die alsbald am Tatort erschien, nahm sofort die notwendigen Ermittlungen auf. Der Täter ist ein Mann in den mittleren Jahren.

Nationalsozialisten vor Gericht.

Der Nadelsticker zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Nachspiel zu den bekannten Lichterfelder Vorgängen, bei denen ein kleiner Trupp Roter Frontkämpfer von einer riesigen Uebermacht von Nationalsozialisten überfallen wurden, bildet gestern das gerichtliche Vorspiel zu dem kommenden Lichterfelder Trost.

Wegen Vandalismusbruchs und Aufruhrs standen vor dem Großen Schöffengericht Spandau der 39jährige Lehnführer der Nationalsozialisten, der 24jährige Reichswachtmeister Kurt Willeh vom 8. Bataillon des Infanterieregiments 9, der Arbeiter Max Hennig (der wegen eines nationalsozialistischen Ueberfalls am Rurfsündenhammer bereits zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist und gegen den auch ein Verfahren wegen Beteiligung an den Lichterfelder Vorgängen schwebt) sowie weitere acht frühere Angehörige der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei.

Der Angeklagte Koefner war Führer der Sportabteilung der Nationalsozialistischen Partei. Er hatte am 22. März dieses Jahres in Erfahrung gebracht, daß die Kommunisten in Charlottenburg aus Anlaß der Lichterfelder Vorgänge eine Demonstration stattfinden lassen, wozu sich auch die Spandauer Rot-Front-Kämpfer beteiligten. An dem gleichen Abend fand eine Versammlung der nationalsozialistischen Sportabteilung in einem Spandauer Lokal statt, und Koefner hatte das Erscheinen speziell der jüngeren Mitglieder streng anbefohlen. Gegen 23 Uhr marschierte er mit ihnen bis in die Gegend des Charlottenburger Wasserwerks in Hietzberg, wo er angeblüht in der Nähe des sogenannten Kilometerbergs Übungen veranstaltete. Anschließend bestand aber die Absicht, die aus Charlottenburg anmarschierenden Kommunisten und Roten Frontkämpfer zu überfallen, denn auch in der Nähe der Ruhlebener Kaserne, an der Charlottenburger-Spandauer Chaussee, trieb sich eine größere Anzahl von nationalsozialistischen Elementen herum. Die Kommunisten, die davon erfahren hatten, marschierten auf Umwegen nach Spandau, und am Hauptbahnhof löste sich der Zug auf.

Der Trupp unter Führung des Angeklagten Koefner, war inzwischen nach Spandau zurückgekehrt und begab sich an der Eisenbahnbrücke über die Havel fünf roten Frontkämpfern, die zur Kapelle gehörten und ihre Instrumente bei sich führten. Es gelang drei NSD. Weibern zu fliehen, zwei versuchten vor den nachrückenden Nationalsozialisten über die Eisenbahnbrücke zu fliehen; hier trau ihnen aber ein anderer Trupp entgegen. Mit einem harten Gegenstand erhielt einer der Ueberfallenen eine stark blutende Stirnverletzung. Die Nationalsozialisten zertrümmerten dann die von den NSD. Weibern mitgeführte Waage und warfen sie in die Havel. Die beiden Ueberfallenen konnten jetzt endlich fliehen. Die Nationalsozialisten aber bewaffneten sich mit großen Schrottersteinen und warteten an der nächsten Eisenbahnüberführung auf die nachkommenden Kommunisten. Rummelte kamen mehrere rote Frontkämpfer in Begleitung von Polizeibeamten, um noch dem Verbleib der Ueberfallenen zu forschen. Sie wurden an der Eisenbahnüberführung mit einem Steinhagel empfangen. Die Polizeibeamten jagten die Schutzmaske; es gelang ihnen aber nur, drei Nationalsozialisten zu verhaften. Einen weiteren Ueberfall botte der Trupp auf einen alleingehenden roten Frontkämpfer verübt, der nunmehr ein Lokal aufsuchte, um von dort das Ueberfallkommando telefonisch herbeizurufen. Zehn bis fünfzehn Nationalsozialisten drangen in das Lokal ein und bewarfen den NSD. Mann mit Steinen. Sie jagten sich dann in ein Haus zurück, wo fünf von ihnen durch das Ueberfallkommando verhaftet werden konnten.

Das Gericht, das bis in die späten Abendstunden verhandelte, verurteilte Koefner als Nadelsticker zu 8 Monaten, den Angeklagten Horn zu 5, den Angeklagten Wiemer zu 4 Monaten, den angeklagten Reichswachtmeister Willeh gleichfalls zu vier Monaten Gefängnis, einen jugendlichen Angeklagten zu 2 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Leichenfund im Grunewald.

Am jüdischen Ufer des Grunewaldsees mochten Spätergänger am heutigen Vormittag einen graulichen Fund. Etwas abseits vom Weg, im Bogen 21, lag ein etwa 50jähriger Mann mit durchschossener Schläfe. Nicht neben dem Toten wurde eine Mehrschadepistole gefunden. Man benachrichtigte die Polizei, die mehrere Kriminalbeamte an den Fundort entsandte. Nach dem Befund liegt wahrscheinlich ein Selbstmord vor. In den Taschen des Toten wurden keinerlei Papiere vorgefunden, die über seine Personlichkeiten hätten Auskunft geben können. Die Ermittlungen nach dieser Seite sind von der Kriminalpolizei aufgenommen worden.

Der Tod der Frau Schwab.

Zu dem Tode der Frau Schwab in Hermsdorf, der in dem Orte zu den wildesten Gerüchten Veranlassung gab, erfahren wir weiter, daß die Untersuchung durch die Weidkommission, die Kriminalkommissare Brachwitz und Thoms, noch fortgesetzt wird. Der Ehemann der Verstorbenen hat eine große Zahl von Drohbriefen erhalten, in denen er — meist von ungenannten Abendern — des Todes bedroht wird. Bei der Kriminalpolizei sind jetzt auch viele Schreiden eingegangen, die die gleiche Beschuldigung gegen Schwab ausbreiten, doch verschweigen die Absender fast immer ihren Namen. Bei einer noch in den Nachtstunden vorgenommenen gründlichen Durchsuchung des Hauses fand man auf dem Boden an einem Dachbalken eine Schlinge und eine zweite im Keller. An dieser zweiten Schlinge befanden sich lange Frauenhaare. Man vermutet, daß Frau Schwab, bevor sie sich mit Gas vergiftete, schon versucht hat, durch Erhängen ihrem Leben ein Ende zu machen. Es steht fest, daß sie, seitdem das Ehepaar den Gedanken der Scheidung gefaßt hatte, an verschiedenen Stellen nicht unerhebliche Schulden gemacht hat. Nach ihrer Rückkehr am Montag war sie am Donnerstag vormittag zurückgekehrt, ließ sich aber vor ihrem Mann nicht sehen und verborg sich im Keller, auf dem Boden und in anderen Verstecken, so daß er von ihrer Anwesenheit nichts wissen konnte. Schwab, der einem eingehenden Verhör unterzogen wurde, gibt zu, daß er ein „Rauch-

Streik und Polizei.

Warum der mitteldeutsche Niesenkampf reibungslos verlief.

Eine volle Woche lang haben rund 70.000 Bergarbeiter in Mitteldeutschland im Streik gestanden. Trotz der berechtigten Erbitterung der Streikenden über das Verhalten der Arbeitgeber, die im Vertrauen auf gelbe Polizeigarden auch die bescheidenste Lohnerböschung verweigern wollten und es auf den Kampf ankommen ließen, hat sich in dem ganzen ausgedehnten Gebiet während einer vollen Woche kein nennenswerter Zwischenfall ereignet. Diese erfreuliche Tatsache feststellen, heißt zugleich, die

mustergültige Disziplin und Besonnenheit der Streikenden

anerkennen, die schon allein dadurch den errungenen Sieg wohl verdient haben.

Andererseits wird auch von den Arbeitern anerkannt, daß das Verhalten der Polizei im großen und ganzen und namentlich auf preussischem Gebiete einwandfrei gewesen ist. Und das ist wohl kein Zufall. Die Weimarer Koalition in Preußen hat seit Jahren alles daran gesetzt, die Schutzpolizei mit republikanischer und sozialer Gesinnung zu erfüllen, sowohl durch eine planmäßige Besetzung der verantwortlichen Stellen, wie auch durch eine unablässige Belehrung der Offiziere und Mannschaften.

Erst kürzlich sah sich der Berliner Polizeipräsident, Genosse Börgel, auf Grund unliebsamer Vorkommnisse bei einem Streik in einem großen Werk veranlaßt, in einem besonderen Erlaß an das Kommando der Schutzpolizei darauf hinzuweisen,

„daß es nicht Aufgabe der Polizei ist, in die Wirtschaftskämpfe zugunsten der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer einzugreifen. Die Polizei hat unter allen Umständen die notwendige Zurückhaltung zu üben. Aufgabe der Polizei ist es, für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Nur in den Fällen, wo Gefahr besteht, daß die Ruhe und Ordnung gefährdet wird, ist es Aufgabe der Polizei, einzuschreiten. Auch bemerke ich ausdrücklich, daß das Aufstellen von Streikposten nicht zu beanstanden, sondern erlaubt ist.“

Auf Grund dieses Erlasses richtete der neue Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heilmann, eine entsprechende Anweisung an die einzelnen Berliner Unterführer, in der namentlich gesagt wird:

„Wegen der Ausübung des Streikpostenwesens und gegen die zulässige Beeinflussung der Arbeitswilligen im Sinne der Streikenden ist nichts zu veranlassen; es ist jedoch einzuschreiten, wenn Arbeitswillige tätlich behindert oder belästigt werden, wenn der Zutritt zu bestreikten Grundstücken verweigert oder der öffentliche Straßenerverkehr behindert wird.“

Was nun das Verhalten der Polizei während des verflochtenen mitteldeutschen Braunkohlenstreiks betrifft, so sei daran erinnert, daß die Unternehmer durch Lügenmeldungen über Terror und dergleichen alles versucht hatten, um die Regierung und

die Polizei gegen die Arbeiter scharf zu machen. Als sie damit kein Glück hatten, verstiegen sich die Niedertaufgeber zu jenem dreifachen offenen Schreiben an den Minister des Innern, das ihnen jene scharfe Absicht durch den Genossen Erzeinstinck einbrachte, die durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst verbreitet wurde.

Da andererseits im Senftenberger Revier der Ordnungsdienst zunächst hauptsächlich durch eine geringe Zahl von Landjägern ausgeübt wurde, die keine sehr glückliche Hand zeigten, so wurde Berliner Schutzpolizei angefordert. Der Berliner Polizeipräsident, der verpflichtet war, dieser Anforderung zu entsprechen, gab im Einvernehmen mit dem preussischen Minister des Innern die Anweisung, daß die zu diesem Zweck zusammenzustellende

Hundertschaft nur aus erfahrenen und besonders besonnenen Männern unter dem Befehl von Offizieren mit ausgeprägtem sozialen Verständnis

gebildet werde, um schon dadurch die Gefahr von Konflikten auf ein Minimum einzuschränken. Außerdem veranlaßte Börgel, der durch die Teilnahme an einer Konferenz persönlich behindert war, der Hofrat dieser Berliner Hundertschaft beizumohnen, den Kommandeur Heilmann, an seiner Stelle die Hundertschaft zu verabschieden. Oberst Heilmann hielt vor der versammelten Mannschaft eine Ansprache, in der er betonte, wie schwierig und unangenehm ihre Aufgabe und wie groß daher ihre Verantwortung sei. Die Berliner Polizei müsse gerade durch ihr ruhiges Auftreten befriedend und vorbildlich wirken und sich nicht durch etwaige unbedachte Äußerungen von Streikenden gleich beleidigt fühlen. Die Beamten hätten größte Unparteiligkeit und Zurückhaltung zu üben und sich insbesondere dessen bewußt zu sein, daß das Aufstellen von Streikposten ausdrücklich erlaubt ist.

Tatsächlich ist auch im Senftenberger Revier der Streik völlig ruhig verlaufen, und es sind keinerlei Klagen über das Verhalten der Polizei bekannt geworden.

Gewiß mag man einwenden, daß dies nur eine Selbsterständlichkeit sei. Und doch werden die älteren Arbeiter aus früheren Kohnkämpfen wissen, daß unter dem alten Regime die Polizei von vornherein die Streikenden als Feinde betrachtete und behandelte, wodurch einmal den Unternehmern der Kampf erleichtert wurde und andererseits häufig Zusammenstöße oft folgenschwerer Art entstanden. Auch heute noch läßt das Verhalten der Polizei in Ländern, in denen die Reaktion regiert, sehr zu wünschen übrig. Die obigen Beispiele zeigen, welchen Fortschritt die preussische Regierungsmethode in das für die gesamte Arbeiterschaft so wichtige Kapitel „Streik und Polizei“ gebracht hat.

belu“ war, bestreitet aber, seine Frau geküßt zu haben. Die für Dienstag anberaumte Session der Besize der Frau Schwab wird voraussichtlich die Klärung der Todesursache bringen.

Der „ewig siegreiche Marschallstab.“

„Triarii“ nannten die alten Römer ihre Elitetruppen, die erst im Augenblicke der höchsten Gefahr eingesetzt wurden, um der Schlacht zu einer siegreichen Entscheidung zu führen. Es muß als eine Ueberheblichkeit bezeichnet werden, wenn eine bestimmte Schicht des deutschen Heeres für sich diesen Titel in Anspruch nimmt. Die Landwehroffiziere von Berlin tun dies. Auf dem Sockel ihres Denkmals, das gestern in der Ledersstraße zum Andenken der gefallenen Landwehroffiziere enthüllt wurde, steht die Inschrift: „Triarii bello occisis“, zu deutsch: „den im Kriege gefallenen Triariern“. Gewiß wird man vor allen Toten des jüdischen Kämpfers denkwürdigen Achtung haben, mögen sie den Offizieren, aber Mannschaftsrod getragen haben, aber wenn man einen kleinen Teil des Heeres hier besonders in den Vordergrund stellt und höher einschätzt, als die anderen, dann denkt man unwillkürlich an die unzähligen gefallenen einfachen Landwehroffiziere aus dem Volke, die gewiß ebensoviel geleistet haben, wie die Offiziere. Die Denkmalsfeier trug einen ausgesprochen monarchistischen Charakter. Friedensmänner schämten und Orden trugen, und der alte Marschallstab schwenkte seinen Marschallstab mit den Worten: „Im Namen der unvergessenen alten Armee leiste ich diesen, mir vom Obersten Kriegsherrn verliehenen, durch Gottes Gnade und die Tapferkeit meiner Truppen ewig siegreichen Marschallstab vor den Männen der tapferen Toten.“ Dann jagten die Fahnen der vergangenen Monarchie an dem Denkmal vorbei. Es ist nicht ganz erhellend, warum auch jetzt noch ein Vertreter der Stadt Berlin, Bürgermeister Augustin, der Teier heilwohnte.

Reichsbanner bei den kommenden Wahlen.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Kameradschaft Steglitz, veranstaltete am 21. Oktober im Albrechtshof, Steglitz, eine öffentliche Veranstaltung, welche aus republikanischen Kreisen gut beachtet war. Kamerad Kutner, Mitglied des Preussischen Landtags, ging in seiner Rede: „Die kommenden Wahlen“ auf die Entwicklung der jetzigen Regierungskoalition ein, die auch dem Zentrum Sorge zu machen beginnt; er fordert auf, bei den kommenden Wahlen dafür Sorge zu tragen, daß die Kandidaten der Weimarer Koalition in so überwiegender Zahl in die Parlamente entsandt werden, daß der Rechtsblock schon ziffermäßig unumgänglich wird. Das Zentrum, das sich heute sicherlich nicht wohl fühlt, werde alsdann gewiß wieder den Anschluss nach links suchen. Der folgende Redner, Kamerad Dr. Teipel vom Zentrum, der das Thema: „Reichsbanner und Zentrum“ behandelte, nahm die letzten Ausführungen des Vortragners zum Anlaß, darauf hinzuweisen, daß man, selbst wenn ein scharfer Linksrad das Wahlergebnis sei, bezüglich des Zentrums nicht zu optimistisch sein dürfe. Die Zentrumspartei sei nicht einheitlich republikanisch abgestimmt, im Gegensatz zur Sozialdemokratischen Partei. Wenn es nicht gelänge, in die neuen fraktionellen Republikaner hineinzubringen, auch ins Zentrum, die eine Minderheitsregierung im Reichstag wagen, sei es nicht gut bestellt. Es müsse nach einer Veränderung des Wahlverfahrens hingestraft, ein engerer Kontakt zwischen Wählern und Kandidaten angetrebt werden, so daß eine wirklich republikanische Vertretung gewährleistet werde. Das Reichsbanner müsse trotzdem seinen Einfluß nach dieser Richtung geltend zu machen. Dr. Rauer von der Deutsch-Demokratischen Partei behandelte das Thema: „Schwarzweißrot oder Schwarzrotgold?“ unter Beleuchtung der letzten Vorgänge, insbesondere der Flagenfrage.

Die Ueberariffe eines Rürkers.

Die unliebhamen Vorgänge, die sich am 2. Osterfesttag auf einem für Radfahrer verbotenen Wege an der Försterei Geisberg hinter dem Potsdamer Lustschloß zwischen dem Förster Geisberg und einem Besitzer Eisenbahnarbeiter abspielte und die schließlich zur Freisprechung des wegen Widerstandes und Bedrohung angeklagten Arbeiters geführt haben, werden noch

einmal die Gerichte beschäftigen. Bekanntlich wurden in der Gerichtsverhandlung vor dem Potsdamer Amtsgericht schwere Uebergriffe des Försters sowie seines Sohnes, eines Fortsbekleideten, festgestellt. Der Anwalt hat gegen das Urteil Berufung eingelegt und die Potsdamer Strafkammer wird sich demnach mit diesem Fall noch einmal beschäftigen. Zu der Berufungsverhandlung werden auch Vertreter der Regierung erscheinen.

Freilegung eines Urnenfeldes.

Auf der Pflücker Gutsfelde wurde beim Rigolen ein großes Urnenfeld freigelegt. Es soll nach Sachverständigenurteil etwa 2000 Jahre alt sein. Sämtliche Urnen enthalten Beigaben in Bronze und Eisen. Sie sind zum Teil sehr gut erhalten. Das Feld liegt blatt an der Berlin-Magdeburger Chaussee. Es ist Eigentum des Gutsbesizers v. Knoch auf Sollmig.

Wegen eines Anschlages auf ein junges Mädchen wurde gestern Abend ein Kaufmann D. aus der Wollankstraße in Bankow festgenommen. D. traf in der Wollankstraße zu Bankow ein 17jähriges Mädchen mit ihrem Bräutigam und erbot sich, beide mit seinem Motorrad nach Hause zu bringen. Nachdem er den Bräutigam in der Bestalozstraße abgesetzt hatte, schlug er mit dem Mädchen nicht die Richtung nach ihrem Hause, sondern die entgegengesetzte nach Heinersdorf ein und stieg auf dem unbebauten Gelände an der Blankenburger Straße unter der Vorpiegelung ab, daß an seinem Rad etwas in Unordnung sei. So war auch seine Begleiterin gezwungen, das Rad zu verlassen und sehr versuchte er, ihr Gewalt anzutun. Auf ihre Hilferufe eilten Laubenbewohner herbei, ergreifen D., bevor er sein Rad wieder in Gang bringen konnte, gaben ihm eine Tracht Prügel und brachten ihn dann zum Landposten der Schutzpolizei. Nachdem auf der Wache der Vorgang und die Personellen festgestellt waren, wurde D. porträtiert wieder entlassen.

Gegen die Grabhändlungen auf jüdischen Friedhöfen

Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten nahm auf seiner Bundestagung in Breslau einstimmig eine Resolution an, die an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und an die Spitzen der Reichlichen Behörden weitergegeben wurde und in der gegen die Flu: der ungeheuerlichen Verwüstungen auf jüdischen Friedhöfen und Grabhändlungen, die das Ansehen Deutschlands schädigen, protestiert wird. Der Reichsbund Jüdischer Frontsoldaten steht erschüttert vor diesen Rohheitsakten und gebe seinem berechtigten Erstaunen darüber Ausdruck, daß diese Schandakten von den maßgebenden Stellen in Deutschland nie in ausreichendem Maße gebandmarkt würden.

Potsfad mit 60000 M. Wertsendung verschwunden.

Köln, 23. Oktober.

Ein Postfad, in dem sich für ungefähr 60.000 Mark Wertsendungen befanden, wurde auf der Strohhahn, mit der er vom Postamt im Südsichischen Schloßhof zum Hauptpostamt befördert werden sollte, mit einem anderen Sack vertauscht, der alte Zeitungen und Steine enthielt. Der leere Postfad wurde später im Stadtpark wieder gefunden.

Starke Schneefall im Riesengebirge.

Hirschberg, 23. Oktober.

In der Nacht zum Dienstag hat es im Riesengebirge stark geschneit. Der Schnee ist bis zu einer Höhe von 800 Metern herab liegen geblieben. Auf dem Kamm beträgt die Schneehöhe etwa 7 Zentimeter. Heute morgen waren im Gebirge 3 Grad Kälte. Der Schneefall hat aufgehört.

Moholzerbot für Jugendliche in Ungarn. Der zuständige Ausschuss des Abgeordnetenhauses in Budapest hat seinen den Gesetzen über das Verbot der Verabreichung von alkoholischen Getränken an jugendliche angenommen mit der Ergänzung, den Volkswirtschaftsminister zu ermächtigen, die Altersgrenze im Verordnungswege von 18 auf 21 Jahre zu erhöhen.

Der Lehrling braucht keinen Tariflohn.

Um die Hoheitsrechte der Handwerkskammern zu wahren.

Seit Jahren bemühen sich die Arbeitgeberorganisationen darum, nachzuweisen, daß die Einbeziehung der Lehrlinge in die tarifliche Regelung nicht zulässig sei. Sie haben mit ihren Versuchen im allgemeinen kein Glück gehabt. Sowohl die namhaftesten Juristen wie auch die Rechtsprechung selbst stellten sich auf den Standpunkt der Gewerkschaften, daß auch der Lehrling ein Arbeitnehmer sei, so daß auch der Tarifvertrag für ihn Geltung habe.

Die Einbeziehung der Lehrlinge ist denn auch bereits in einer ganzen Reihe von Tarifverträgen erfolgt. Die letzte, ihres Umfanges wegen besonders wichtige Position ist der Reichstarifvertrag für das Baugewerbe.

in dem die Entlohnung der Lehrlinge, die Bezahlung der Schulstunden und auch der Urlaub geregelt werden. Das ging natürlich nicht ohne Widerstände, aber trotzdem ist der Reichstarif für das Baugewerbe einschließlich der Lehrlingebestimmungen für allgemein verbindlich erklärt worden. Gegen diese rechtlich durchaus klare und eindeutige Situation soll nun in einer Weise angekämpft werden, die überaus bezeichnend ist.

Der Baugewerksbund ist in der Lage, in der letzten Nummer des „Grundsteins“

ein „Streng vertrauliches Rundschreiben“

der Geschäftsführung des Deutschen Handwerks- und Gewerkschaftsverbandes (unterzeichnet Plate und Dr. Reusch) zu veröffentlichen, das folgenden Plan enthält:

Der Handwerks- und Gewerkschaftsverband wählt irgendeine Handwerkskammer aus, die für die Lehrlinge im Baugewerbe eine vom Tarifvertrag abweichende Regelung des Lohnes vornimmt. Gleichzeitig wird eine andere Kammer bestimmt, die in den übrigen, die Lehrlinge betreffenden Fragen des Tarifvertrages ebenfalls eine abweichende Regelung vornimmt. Dann werden in den betreffenden Bezirken zum Arbeitgeberverband gehörende Baunternehmer ausgewählt, die sich in ihren Leistungen an die Lehrlinge nach den Regeln der Handwerkskammern richten sollen und damit

gegen den Tarifvertrag verstoßen.

Der so künstlich erzeugte Streitfall soll nun vor das Arbeitsgericht, und zwar bis zum Reichsarbeitsgericht, kommen, das zu lösen hat, ob der Tarifvertrag oder die Anordnung der Handwerkskammer zu Recht befreit. Interessant sind die ausführlich wiedergegebenen Überlegungen über die beste Art der Durchführung der Prozesse. Man ist sich klar darüber, daß der Arbeitgeberbund als Tarifvertragspartei doch wohl schlecht selbst gegen den ihm unterzeichneten Tarifvertrag prozessieren könnte. Über was man hier denn die Handwerkskammern und den Handwerks- und Gewerkschaftsverband? Dieser oder der Annahmeverband deutscher Baugewerksmeister soll das Verfahren einleiten und durchführen. Letzterer habe die Bereitwilligkeit dazu bereits erklärt. Auf alle Fälle wird der Handwerks- und Gewerkschaftsverband dabei mitwirken.

„um die Hoheitsrechte der angeschlossenen Handwerkskammern zu verteidigen.“

In verschiedener Hinsicht ist es sehr wertvoll, daß gerade jetzt der Versuch von dem organisierten Handwerk unternommen wird, Bestimmungen eines geübten Tarifvertrages durch formaljuristische Winkelzüge zu beseitigen. Dieselben Personen, die in ihrer privaten Arbeitgebervereinigung das im Tarifvertrag niedergelegte Recht mit geschloffen haben, kommen in ihren öffentlich-rechtlichen Vereinigungen zusammen, um das eben Geschlossene wieder zu beseitigen. Sind das die Hauptfunktionen dieser öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen, die sich mit aller Kraft gegen die gleichberechtigten Mitwirkung der Arbeiter in ihnen wehren und doch, wie feststeht, in der Hauptsache, von öffentlichen Mitteln leben? Die Beratung der Handwerkerkammern wird Gelegentlich geben, um diese Fragen einmal vor aller Öffentlichkeit aufzurollen.

Der Feldzugsplan des Handwerks- und Gewerkschaftsverbandes ist aber auch geeignet, die Situation

bei der Beratung des Berufsausbildungsgesetzes

ganz eindeutig zu klären. Der Regierungsentwurf will die Festlegung der Lehrlingslöhne um, durch Anordnungen der gewählten Berufsvertretungen, d. h. also der Handwerks- und Handelskammern, vornehmen lassen. Sie sollen allerdings für diese Aufgabe paritätische Ausschüsse angegliedert erhalten. Die tarifliche Regelung wird im Gesetz nicht erwähnt, weil eben diese Anordnungen gewissermaßen den Ersatz des Tarifvertrages bedeuten sollen. Von welchen Gesichtspunkten die Kammern sich bei diesen Anordnungen leiten lassen würden, zeigt die hier besprochene Stellungnahme des Handwerks- und Gewerkschaftsverbandes. Die „Hoheitsrechte“ der Kammern stehen im Vordergrund, und all das schöne Gerede darüber, daß der Lehrling sich in einem „Erziehungsverhältnis“ befinde, ist nur Dekoration, um das nackte materielle Interesse des einzelnen Arbeitgebers und den Organisationsegoismus der Kammern nicht von vornherein klar in Erscheinung treten zu lassen.

Die Gewerkschaften haben deshalb die Situation von vornherein richtig erkannt, als sie die Forderung erhoben, daß im Berufsausbildungsgesetz

Vorrang der tariflichen Regelung

auf alle Fälle ausgesprochen werden muß. Es wird ihnen auch erneut bestätigt, was ja an sich schon kein Geheimnis war, daß die Handwerkskammern die allerungünstigsten Organe für die Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes sind.

Es ist mehr als naïf, von den Arbeitern zu erwarten, daß sie zu Instituten, die, wie hier gezeigt, ausgesüßelte Maßnahmen erlassen, um selbstgeschaffenes Recht zu beseitigen, Vertrauen haben könnten. Das Verlangen der freien Gewerkschaften, das ganze Gebiet der Berufsausbildung den Arbeitsbehörden, bei denen ja jetzt schon die Fragen der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung bearbeitet werden, zu überweisen, erhält durch die hier wiedergegebene Selbstkennzeichnung der Handwerkskammern und ihres Spitzenverbandes eine nachdrückliche Forderung, die zwar ungewollt, jedoch um so wirksamer ist.

Beendete Aussperrung im Berliner Darmhandel.

Der Abwehrkampf erfolgreich.

Nach dreiwöchentlichem Abwehrkampf konnte am Sonnabend, dem 22. Oktober, durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern eine Einigung erzielt werden. Die Absicht der Unternehmer, einen Lohnabbau unter allen Umständen durchzuführen, ist an der Gefährlichkeit der Beschlüsse der Saltings-Spezialgesellschaft scheitert. Jeglicher Lohnabbau ist nicht nur abgewehrt, sondern für qualifizizierte Arbeitskräfte eine Lohnzulage von zwei bis sechs Pfennige pro Stunde erreicht worden. Das Lohnabkommen läuft bis 31. März 1928. Sollte in dieser Zeit eine Preissteigerung eintreten, erhöhen sich die Löhne für je 10 Proz. Preissteigerung um weitere zwei Pfennig pro Stunde. Alle am Kampf Beteiligten werden wieder eingestellt.

Aus dem mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Die Unternehmer versuchen Maßregelungen.

Halle, 25. Oktober. (Eigenbericht)

Im Saaleberger Revier sind etwa 1000 Braunkohlenbergleute bis jetzt noch nicht wieder eingestellt worden.

Der Deutsche Braunkohlenindustrieverband läßt sich durch die über die Wiederaufnahme der Arbeit vernahmen. Es wird zugegeben, daß die Arbeiter im allgemeinen geschlossen zur Arbeit kamen. Aus einigen Revieren seien jedoch gewisse Zustände gemeldet worden. Im Rastfeld Revier griffen die Arbeiter große Zurückhaltung. Weshalb, darüber wird nichts gesagt. Auf der Grube „Müncheberg“ seien nur 30 Proz. der Belegschaft am Montag zur Früharbeit gekommen. In fünf Gruben sei es am Montag noch ebenso mit der Arbeit gewesen, als während der Streikzeit. Auf anderen Gruben habe die Belegschaft die Aufnahme der Arbeit von gewissen Bedingungen bezüglich der Entlohnung und Eingruppierung abhängig gemacht. „Die Verteilungen lehnten aber Verhandlungen ab.“

Nachdem über einen inzwischen erledigten Streitfall in Höchstädt berichtet wird, kommt das Eingeständnis, daß die zur Arbeit erlassenen Bergleute teilweise von den Werken nicht wieder eingestellt wurden. Dafür werden dann eine Reihe von Gründen angegeben. Während des Streiks seien Grubenbauten durch Aufschüngen und Zubruchgehen zerstört worden, in anderen Fällen habe sich die Wiederaufnahme der Arbeit wegen gänzlicher Unrentabilität verboten. Hier handelt es sich also um dauernde Stilllegungen. Daron werden in erster Linie betroffen einige Gruben des Grimmaer Reviers und die Tiefbaugrube „Anna III“ nebst Brikettfabrik.

Ueber die Vorgänge im Saaleberger Revier schreibt sich der umfangreiche Bericht der Unternehmerorganisation vollständig aus.

Warum eine neue Befoldungsordnung?

Es ist ohne weiteres erklärlich, daß insbesondere diejenigen Beamtengruppen, die in der Neuorganisation ihrer Befoldungsverhältnisse eine Verschlechterung sehen, sich in längeren geharnischten Entschuldigungen dagegen wenden. Der Tagespresse ist es jedoch einfach unmöglich, alle diese Entschuldigungen der einzelnen Beamtengruppen zum Abdruck zu bringen, geschweige denn die Zuschriften der einzelnen Vertreter dieser Beamtengruppen zu veröffentlichen.

Wenn wir der folgenden Zuschrift eines Polizeiposters, die uns mit der obigen Ueberschrift zugegangen ist, ausnahmsweise Raum geben, so deshalb, weil sie als typisch gelten darf für die vielen Klagen über Verschlechterungen durch die neue Umgruppierung.

„Die vom Reich und Preußen den geschiedenen Körperschaften vorgelegten neuen Befoldungsordnungen befriedigen wenige Beamte. Die Gehaltsaufbesserung ist nicht so groß, wie die preite Öffentlichkeit nach dem geheimnisvollen Gerede in den Ministerien annimmt, und wie sie nach den hoffnungserweckenden Reden der Minister erwartet wurde. Mehr noch als die geringe Aufbesserung enttäuscht die vorgenommene Umgruppierung. Durch diese Umgruppierung werden namentlich die unteren und mitte-

ren Beamten nach Art des Vorkriegs-Klassensystems in Gruppen zusammengefaßt, in die sie nach Ablegung der Prüfung eintreten, und in der sie bis zum Tode bzw. bis zur Pensionierung bleiben.

Ein Aufstieg in höhere Gruppen ist unmöglich, wenn man von ganz geringen Fällen absteht. Es hat also kein Beamter ein Interesse, sich in seinem Beruf fortzubilden, sich durch Fleiß und Pflichtigkeit auszuzeichnen. Ein Weiterkommen gibt es für ihn nicht. Ein solches System muß zur Stagnation, zur Gleichgültigkeit führen. Viele Beamte, die nach der bisherigen Befoldungsordnung auf ein Ausrüden in höhere Stellen rechnen konnten und zur Erreichung ihres Zieles alle Kräfte anspannten, stehen plötzlich vor verschlossener Tür... Die Regierungen begründen in einer Einführung zu den Belegen die Umgruppierung mit den zahlreichen Beschwerden aus Beamtentreisen über ungerechte Einstufung. Solche Beschwerden werden nie aufgehört, sie werden am wenigsten nach den neuen Vorschriften ausbleiben. Beschwerden sind nach einschneidenden Änderungen der Beamtenschaft unumkehrbar. Sie sind darauf zurückzuführen, daß jeder Mensch, der eine Beamtenschaft wählt, sich vor dem Eintritt darüber klar wird, welche Fortkommensmöglichkeiten sich ihm in der Laufbahn bieten. Wenn seine Leben sich nun so gestaltet, wie er sich das gedacht hat, dann wird er zufrieden sein und seine Arbeit gern tun. Wenn ihm aber ein einziger Federstrich, wie es in den neuen Befoldungsordnungen, jedes Weiterkommen abschneidet, dann wird er verbittert.

Es ist eine Befoldungsordnung erforderlich, die dem fleißigen Beamten den Aufstieg offenläßt. Die neuen Befoldungsordnungen — namentlich aber die preussische — belohnen die Nachlässigkeit. Da waren die bisherigen Befoldungsordnungen besser.“

Kongress des spanischen Gewerkschaftsbundes.

(SOS.) Der Spanische Gewerkschaftsbund, der seit fünf Jahren keinen Kongress mehr abhalten konnte, trat im Zusammenhang mit der auf Grund eines königlichen Dekrets einberufenen Beratenden Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, auf der 236 Delegierte 103 672 Arbeiter vertreten. In einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede bezeichnete der Vorsitzende die Zusammenkunft als die bedeutungsvollste Tagung in der Geschichte der spanischen Gewerkschaftsbewegung. Er wies darauf hin, daß es in Spanien keine Körperschaft gibt, die so repräsentativ ist wie der Spanische Gewerkschaftsbund. Die Schlussfolgerung galten dem Andenken von Pablo Iglesias, Laurus, Matteotti und all jener, die ihr Leben für die Arbeiterbewegung opferten. Hieraus wurde eine Kommission eingesetzt, die sich mit der Stellungnahme betriebl. der eventuelle Wahl von Mitgliedern der spanischen Gewerkschaftsbewegung in die erwähnte Nationalversammlung befaßt. In einer einstimmig angenommenen Entschließung heißt es, daß der spanische Gewerkschaftsbund „seinen Anseh nicht, daß ihm angehörende Mitglieder Posten in der Nationalversammlung annehmen“. Gleichzeitig wird gesagt, daß das Fehlen einer vollen Freiheit, noch der die ganze Bewegung strebt, es leider unmöglich macht, die angenommene Entschließung in voller Öffentlichkeit zu erläutern.“

Aus der Partei.

Das Keir-hardie-Institut in Glasgow.

Der Plan der schottischen Gruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei, ein Keir-hardie-Institut in Glasgow zu errichten, ist nun durchgeführt. Am 28. September wurde das Institut von Ramsen MacDonald feierlich eröffnet. Das Gebäudefunktion, das einige seiner Art in Schottland, ist in einem schönen Gebäude, das etwa 80 Jahre alt ist, untergebracht und in der Stadt gut gelegen. Es enthält außer Empfangsräumen und einer Bibliothek Räume für Veranstaltungen, Sitzungszimmer und einen Vortragssaal. Die Bureaus eines Arbeiterklubs werden darin untergebracht. MacDonald erinnerte in seiner Eröffnungsrede an den Geist, der Keir Hardie befeuerte. Das Gebäudefunktion werde die Erinnerung an einen großen Führer lebendig erhalten.

Jubiläum des Glasgower „Forward“.

Am 13. Oktober feierte die sozialistische Wochenschrift „Forward“ nach englischer Sitte das Fest der „Großjährigkeit“, das heißt des 25jährigen Bestehens. Der „Forward“ wurde am 13. Oktober 1906 gegründet, zu einer Zeit, wo der Sozialismus besonders in Schottland noch in den Kinderschuhen stand. Heute gibt es in Schottland 257 Organisationen der Unabhängigen Arbeiterpartei allein, abgesehen von den anderen sozialistischen Organisationen. Der „Forward“, zu dessen gewählten und gegenwärtigen Mitarbeitern neben dem Herausgeber Tom Johnstone, Keir Hardie, James Connolly, Ramsen MacDonald und viele andere hervorragende Personen gehörten und gehören, hat nun eine große und stets wachsende Verbreitung in ganz Großbritannien und in den anderen englischsprachigen Ländern.

Die Sportkaffe der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten u. o. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 4-6 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Segatz. Wirtschaftl.: G. Ellinger. Gewerkschaftsbewegung: Dr. G. Schwan. Kultur: Dr. Joh. Schlimm. Polizei- und Sozialwiss.: Dr. Karl Böttner. Angewandte: Dr. G. Glade. Kunstl.: in Berlin. Verlag: Verlags-Druck u. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen! Durch Ersparnis hoher Ladenumsätze. Qualitätswaren äußerst billig! Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divanddecken. **Gardinenhäuser Alfred Walter**, Neukölln, Seichowarstr. 6 II. Etage, kein Laden! Telefon: F 2 2529 direkt Untergrundbahn Boddenstraße

Neu-e-Betten, (all.) Kinderbetten, Stahlmatt, künstl. an Priv. Nr. 2049tr. Rixensdorfallee 50a (Fbr.)

Herrenkleider-Fabrik gibt bis auf weiteres Anzahl. Umkleen. Paläto zu Fabrikspreisen ab. Bitte, überzeugen Sie sich.

Ohne Anzahlung! Deutsche Teppiche, Küber, Betten und Divanddecken. Erlaubung von monatlich 16. — an ohne Zahl. Gültige Gewährleistung. Tageskarte 100, Postamt W. 15.

Zum Kampf gegen das Reichschulgesetz

Religionskonst. **Kirchenschule oder Volksschule**, Sonntag 1 Mart. **Der Leidenweg des Reichschulgesetzes**, Sonntag 2.40 Mart für beziehen durch: U. G. H. Dies Koch O. M. B. S. Lindenstr. 8 und allen Ausgabestellen des „Vorwärts“.

Zuverlässige billige und gute Stiefel gibt bei **H. Bähr**, Berlin, Spillmarkt 7

Betten-Schonert

Oranienstr. 12	Eckhaus Melnikpl.
Deckbetten 12 — 24 — 41 — 55 —	Unterbetten 10 — 15 — 22 — 33 —
Kopfkissen 4 — 7 — 12 — 19 —	Stoppdecken 15 — 18 — 20 —
Brenndecken 48 — 60 — 80 — 95 —	Mattbetten 15 — 18 — 21 — 24 —
Zig. Maträtze u. Kellk. 15 — 18 — 24 — 27 —	

Bettenreinigung mit neuesten Maschinen — Abholung und Lieferung kostenlos. Anna-Marktplatz 533.

PAUL NEUGEBAUER & Co. **CHARLOTTENBURG WILMERSDORFER STR. 1051**

KINO-TAFEL Programm für die Zeit vom 25. bis 27. Oktober

BTL Potsdamer Straße 38 **Die weiße Sklavine** mit Liaue Reid, Wladimir Galdarov

Turmstraße 12 **Bligamle** mit Maria Jacobini, Anita Dorris. — Dazu: Da verrückte Sanatorium. 5 Lust.Akte

Rheinstraße 14 Verlängert! **Pat und Patachon am Nordseestrand** für Jugendliche freigegeben

Alexandersir. 39-40 **Anferstehung** nach Leo Tolstol Keine biblische Handlung, sondern ein mod. Filmwerk. Dazu: Das verrückte Sanatorium

Odeon, Potsdamer Str. 75 **Orientexpress** mit Lili Dasover Dazu: Der Irgendlieb mit 70 de Putti

Viktoria-Lichtbildtheater Frankfurt a. M. **Pat und Patachon am Nordseestrand** Ferner: Der Cowboyboxer Bühnenstück. Jugendl. haben Zutritt!

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99 **Die Vorbesiraffen** Ferner: Bühnenstück

Concordia-Palast, Andreasstraße 64 **Versiegelte Lippen** Dazu: Der Herzog ab

Passage-Lichtspiele, Bergstr. 131/32 **Alarm!** Ferner: Bühnenstück

Film-Palast Kammersäle Taltower Str. 1-4 **Das Heiratsnest** mit Harry Liedtke